Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 169 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Mittwoch, den 21. Juli 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Simons über Spa.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hielt heute mittag in der Pressekonferenz einen Vortrag über die Ergebnisse der Konferenz von Spa.

Seine außerordentlich klaren Ausführungen gaben ein zusammenfassendes Bild über den Verhandlungsgang in den zwei Hauptfragen, die in Spa zur Erörterung kamen, in der Entwaffnungs- und der Kohlenfrage.

Besonders wichtig ist seine Mitteilung gewesen, daß die Reichsregierung sich in dem gestern stattgefundenen Kabinettsrat auf den Standpunkt der deutschen Delegation gestellt hat. Damit ist die vielfach erörterte Frage, ob eine Kabinettskrise infolge der Unterzeichnung der beiden Protokolle zu erwarten sei, einstweilen im negativen Sinne beantwortet.

Sehr interessant war auch die Erklärung Simons, daß er ursprünglich auf Grund der Angaben der Sachverständigen die Unterzeichnung des Kohlensyndikats für unmöglich hielt, daß er aber nachträglich Zweifel über die unbedingte Richtigkeit dieser Sachverständigen-Gutachten bekam, als ihm erstens die Möglichkeit einer stärkeren Braunkohlenproduktion und zweitens einer strafferen Steinkohlenverteilung nachgewiesen wurde.

Es ist nämlich festgestellt worden, daß die Verteilung der Kohlen durch die Zentralstelle nicht ganz einwandfrei vor sich geht und daß Schiebungen hinter dem Rücken des Reichskohlenkommissars bisher an der Tagesordnung waren.

Das Kabinett hat demgemäß in seiner gestrigen Sitzung eine schärfere Neuorganisation der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung beschlossen. Die Regierung hofft nun, das Kohlenabkommen ohne gar zu schwere Schädigungen der deutschen Industrie dank dieser Maßnahmen einhalten zu können.

Was die Militärfragen anbelangt, so waren sie, nach dem Wort Simons, „so verfahren", daß irgend ein Widerstand gegen die Forderungen der Alliierten, die auf dem Recht des Friedensvertrages fußten, aussichtslos war. Wir können die Zugeständnisse um so mehr als einen gewissen Erfolg auffassen, als ja der 10. Juli laut Friedensvertrag der Termin gewesen wäre, zu dem sowohl die Reichswehr auf 100 000 Mann hätte herabgesetzt, wie auch die neutrale Zone hätte geräumt werden müssen.

Ueber die Neuorganisation unserer Wehrmacht, meinte der Minister, müssen wir uns mit den Alliierten offen verständigen und dazu müssen wir ihr Vertrauen gewinnen, wozu wir in den sechs kommenden Monaten reichlich Gelegenheit haben werden.

Im Anschluß daran stellte der Minister die merkwürdige Behauptung auf, daß die bisherigen Regierungen sich nicht deutlich genug auf den Standpunkt der Erfüllung des Friedensvertrages gestellt hätten. Erst die Programmerklärung Fehrenbachs habe dies mit genügender Deutlichkeit getan" (?).

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten über Spa.

Berlin, 20. Juli. Nach Eröffnung der Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten durch den Vorsitzenden Dr. Stresemann und der Annahme der Anträge, von denen der eine die möglichst sofortige Einberufung des Reichstages, der andere die Oeffentlichkeit der Sitzung mit Ausnahme vom besonderen als vertraulich bezeichneten Punkten forderte, ergriff der Reichsminister Dr. Simons das Wort zur Berichterstattung über die Verhandlungen in Spa. Seine Ausführungen decken sich im allgemeinen mit denen, die den Pressevertretern gemacht worden sind. Der Abgeordnete Bernstein kritisierte die Behandlung der militärischen Fragen in Spa und trat für die möglichst schnelle Umgestaltung der Reichswehr ein, die eine Wiederbelebung des Militarismus unmöglich mache. In der Kohlenfrage hatte er den Eindruck, daß die Delegation nicht mehr habe durchsetzen können. Aus den Verschiebungen der Kohle müßten weitgehende Folgerungen gezogen werden. Die Kohle müsse unbedingt so schnell wie möglich sozialisiert werden. Was unsere Vertreter in Spa getan hätten, sei grundsätzlich anzuerkennen, wenn auch manche Punkte zu kritisieren seien. Die Berufung von Stinnes sei falsch gewesen, dagegen seien die Arbeiter vorzüglich vertreten gewesen. Die Konferenz von Spa sei eine Etappe und doch in der Art der Verhandlungen ein Schritt vorwärts.

Abgeordneter Ledebour erklärte, in vielen Punkten könne er dem Minister Recht geben, doch teile er das Befremden über die Verhandlungsform. Die Besetzung des Ruhrgebietes unter irgend einem Vorwand müßte verhindert werden. Die Ablehnung der Unterzeichnung der Einmarschklausel genüge zur Wahrung unseres Rechtsstandpunktes. Ueber die Heranziehung des Abgeordneten Stinnes spricht er sein lebhaftes Befremden aus. Der Redner verlangt ebenfalls die Sozialisierung der Kohlengruben. Er begrüßt es vom Standpunkt seiner Partei, daß die Reichswehr schrittweise vermindert wird und ist auch mit der Umwandlung der Sicherheitswehr einverstanden, mit der Unterzeichnung des militärischen Abkommens sei er einverstanden. Er fragt, ob der Minister für den Fall von inneren Unruhen einen Appell an die Entente gerichtet hat. — — Der Reichsminister des Aeußeren legt auf Anfrage des Vorredners die Vorgänge bei der Unterzeichnung des zweiten Protokolls dar und weist die Darstellung, als habe er den vom Abgeordneten Ledebour angezogenen Appell an die Entente gerichtet, nachdrücklich zurück. Weiter stellt er fest, daß er für die Berufung des Abgeordneten Stinnes verantwortlich sei. Stinnes sei der wesentliche Repräsentant der Bergwerksbesitzer, wie Hué ein wesentlicher Repräsentant der Bergarbeiter sei. Diese Repräsentanten der Entente vorzuführen, sei nicht zu hindern gewesen.

Abgeordneter Helfferich erörterte die Einzelheiten des Abkommens. Die militärischen Bestimmungen betrachte er als unausführbar. Die Kohlenschiebungen hält er nicht für verhältnismäßig wesentlich, so sehr er mit der schärfsten Verfolgung von Schiebungen einverstanden sei.

Juristische Wirtschaftsweisheit.

Die Weltfremdheit unserer Buchstabenjuristen, eine Folge ihrer rein scholastisch-talmudistischen Schulung, ist schon oft festgestellt worden. Um so mehr muß dagegen Verwahrung eingelegt werden, wenn heute jeder Kammergerichtsrat und Reichsgerichtsrat auf Grund seiner abstrakten Paragraphenbeherrschung glaubt, sich als volkswirtschaftliche Autorität aufspielen zu können.

In der „Deutschen Tageszeitung" verbreitet sich der Geh. Justizrat Dr. Th. Wolff, Kammergerichtsrat a. D., über das aufsehenerregende Urteil des Berliner Landgerichts II in Sachen der streikenden Rechtsanwaltsangestellten. Durch dieses Urteil wird bekanntlich dem Zentralverband der Angestellten bei hoher Geldstrafe untersagt, Streikgelder zu zahlen, Streikpostendienste zu organisieren usw. Natürlich findet der Herr mit den vielen Titeln dieses Urteil ganz in der Ordnung. Er steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Streik als solcher ein Unrecht sei und gibt dieser Meinung schon durch die Ueberschrift „Das Streikunrecht" Ausdruck. Seine langen juristischen Ausführungen darüber, daß auf keinen Fall der Streik zum Kontraktbruch führen dürfe, können hier unbeachtet bleiben, weil am Schlusse seiner juristischen Tiefgründigkeiten Herr Wolff zugibt, daß sie hier gar nicht am Platze sind. Denn der Spruch des Landgerichts II baut sich gar nicht auf der Annahme des Kontraktbruches, sondern der Tarifwidrigkeit des Streikes auf.

Der ehemalige Kammergerichtsrat möchte aber das Urteil auch moralisch rechtfertigen. Darin liegt das interessante Eingeständnis, daß es schließlich mit juristischen Tüfteleien doch nicht getan ist und die Buchstabenjustiz, die zu unhaltbaren Ergebnissen gelangt, selber das Bedürfnis fühlt, das Produkt ihrer Scholastik als übereinstimmend mit den Grundsätzen wirklicher Gerechtigkeit darzustellen. Letzten Endes beweisen aber, worauf die Freirechtslehre schon oft hingewiesen hat, solche moralischen Schlußrechtfertigungen noch etwas ganz anderes: daß nämlich diese Erwägungen dem Richter bereits vorschwebten, ehe er seine juristischen Konstruktionen begann und daß nicht die juristischen Konstruktionen etwa von selbst zu diesem Ziel geführt haben, sondern erst hinterher aufgebaut wurden, um die vorgefaßte Meinung des Richters mit juristischen „Gründen" zu stützen.

Aber wie sieht nun die moralische Rechtfertigung aus? Den Kammergerichtsrat a. D. hat der Ausspruch des Gen. Giebel verdrossen, daß das Urteil des Landgerichts II eine Kriegserklärung an die gesamte Arbeiterschaft, ein Schlag ins Gesicht des Volkes sei. Er meint dazu:

> Wie ich in einem Artikel „Der Grund der Teuerung" auf Grund volkswirtschaftlicher Grundsätze ausgeführt habe, ist die Teuerung sowie die Entwertung des Geldes durch die unmäßigen Lohnforderungen entstanden und ist jeder neue Lohnstreik ein weiterer Schritt zur Vervollständigung des wirtschaftlichen Ruins des deutschen Volkes. Jede Verfügung, welche sich gegen eine Lohnbewegung richtet, dient daher dem deutschen Volke. Dem ganzen Volke, insbesondere auch den Arbeitern und Angestellten, dient sie auch deshalb, weil sie die angegriffenen Betriebe schützen kann, welche anderenfalls nicht aufrechterhalten werden und den Arbeitern und Angestellten keine Beschäftigung mehr gewähren können. Zu diesen Betrieben gehören auch die Büros der Berliner Rechtsanwälte.

Hier ist die Katze aus dem Sack! Also nicht, weil dies und jenes in den Paragraphen steht, sondern weil das Urteil seinen subjektiven politisch-wirtschaftlichen Meinungen zu Hilfe kommt, deshalb ist der Herr Kammergerichtsrat mit ihm zufrieden. Aber wie trostlos schaut es mit seinen volkswirtschaftlichen Kenntnissen aus!

Die Lohnforderungen sollen die Ursache der Teuerung sein. Schlimmer können Ursache und Wirkung gar nicht verwechselt werden. Gegen diese Juristenweisheit ist der Ausspruch des Inspektors Bräsig noch tiefgründig zu nennen, wonach die Armut eine Folge der „Pohwerts" ist. Vielleicht beweist der Herr Kammergerichtsrat auch nächstens, daß die Lebensmittelknappheit nur von dem zu großen Hunger der Bevölkerung herrühre!

Wir erinnern an folgende Tatsachen: Nach den sehr sorgfältigen und bisher von niemand angezweifelten monatlichen Aufstellungen des Direktor Kuczinski betrug der Preis der notwendigsten Bedürfnisse in den letzten Monaten das zehn- bis elffache des Friedenspreises. Für die Lebensmittel ist die Steigerung noch größer. Weist doch die der Entente in Spa überreichte Denkschrift darauf hin, daß die rationierten Lebensmittel einer Woche, die im Frieden für 7,70 Mk. zu haben gewesen wären, jetzt weit über 100 Mk. kosten. Bei Textilwaren, Schuhen usw. beträgt die Steigerung gegen den Friedenspreis gar das zwanzig- bis dreißigfache.

Die Kämpfe im Osten.

Kowno, 21. Juli. Die Litauische Telegraph.-Agentur meldet: Das russische Radio-Telegr.-Büro berichtet aus Moskau vom 19. Juli abermals, daß die litauische Republik zusammen mit den Russen gegen Polen stehe. Diese Meldung stimmt mit den Tatsachen nicht überein, denn das litauische Heer besetzt nur die von den Polen befreiten Gebiete und verhält sich im übrigen streng neutral.

Rußland lehnt ab.

Paris, 19. Juli. Nach einer „Times"-Meldung ist die Antwort der Sowjetregierung auf den Waffenstillstandsvertrag der englischen Regierung eingetroffen. Die Bolschewisten weigern sich an der Konferenz in London teilzunehmen, da die englische Regierung nicht unparteiisch sei. Sie wolle auch nicht mit Vertretern der baltischen Staaten verhandeln, da die Sowjetregierung mit diesen bereits in Frieden lebe, mit Polen solle direkt verhandelt werden. Die Sowjetregierung erklärte sogar, daß sie Polen eine günstigere Grenze vorschlagen werde, als die englische Regierung vorgeschlagen habe. Die Sowjetregierung weigere sich auch, mit General Wrangel zu verhandeln. Dieser müßte sich ergeben.

Deutschlands Neutralität.

WTB. **Berlin**, 20. Juli. (Amtlich.) In der heutigen Nummer des „Reichsanzeigers" wird nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht:

> In den zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjet-Republik entstandenen kriegerischen Verwicklungen hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten im Friedenszustand befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demzufolge darauf hin, daß für jedermann im Reiche und für die Deutschen im Auslande die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.
>
> gez. Ebert, Reichspräsident,
> gez. Dr. Simons, Minister des Auswärtigen.

Diese Bekanntmachung wird den Regierungen in Warschau und Moskau amtlich zur Kenntnis gebracht.

Der russische Einmarsch in Polen.

Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung" aus Warschau geht der Vormarsch der Bolschewiki seinen weiteren ungehemmten Lauf. An der Nordfront vollzieht er sich mit einer Geschwindigkeit von 20 bis 30 Kilometern täglich. Am Sonnabend kamen die Bolschewiki bis Lida. Molodetschno, das am Dienstag fiel, bedeutet die Gewinnung des Vorfeldes für den Niemenübergang. Von Minsk vordringende Streitkräfte eroberten Nowogrodeck. Nicht weit davon liegt das aus dem Kriege bekannte Baranowitschi und weiter der Oginski-Kanal, wo sich noch alte deutsche Stellungen befinden. Ueber den Waffenstillstand liegen keinerlei Meldungen vor.

Radek kündigt den Einmarsch der Roten Armee in die Tschecho-Slowakei an.

Prag, 20. Juli. Das tschechische Blatt „Cas" veröffentlicht einen Artikel des russischen Kommunisten Radek, in dem er unter anderem erklärt, daß nach Bezwingung Polens die Rote Armee gegen Prag marschieren werde, wo man sie mit Freuden aufnehmen würde. Präsident der tschecho-slowakischen Republik würde der bekannte Kommunist Muna oder Smeral werden. Die Tschechen würden mit Freuden das Sowjetsystem übernehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200721-15/fragment/page=0001

Und wie steht es demgegenüber mit den Löhnen? Man rechnet, daß die Löhne im Durchschnitt um das fünffache gestiegen sind. Bei einzelnen Arbeitnehmergruppen mag es etwas mehr sein, dafür sind andere von einer auch nur fünffachen Steigerung weit entfernt, wozu namentlich auch die Rechtsanwaltsangestellten gehören. Aber selbst die Arbeitergruppen, deren nominell gesteigertes Einkommen von der reaktionären Hetzpresse besonders zu Propagandazwecken ausgebeutet wird, haben noch lange nicht das zehnfache Friedenseinkommen erreicht, d. h. das Einkommen, dessen Höhe der Teuerung der wichtigsten Bedarfsmittel entspricht.

Ganz allgemein bekannt ist die Tatsache, daß die jetzige Absatzkrise auf dem Möbelmarkt, Textilmarkt, Ledermarkt usw. daher rührt, daß die breiten Massen der Lohnempfänger einfach nicht imstande sind, die geforderten Preise zu zahlen. Der angebliche „Käuferstreik" ist ein Streik des leeren Portemonnaies. Und da will der „gelehrte" Jurist uns erzählen, die Lohnsteigerungen seien die Ursache der Teuerung und die Gerichte, die sie mit Gewalt verhindern wollen, täten ein gutes Werk! Aerger konnte sich die Juristenweisheit nicht blamieren.

E. K—r.

Die Gezeichneten.

Ein Urteil englischer Sozialisten über die Politik der Unabängigen.

Die Unabhängige Partei versucht es, eine Politik zu treiben, mit der sie es allen Auslandsstaaten recht macht. Um mit den russischen Bolschewisten ins Einvernehmen zu kommen, verleugnet sie die sozialistischen Grundsätze, erklärt sie sich als Gegner demokratischer Staatseinrichtungen, beschimpft sie dauernd den Teil der Arbeiterklasse, der diese alten Forderungen der Sozialdemokratie weiter vertritt und hat damit bei den Russen doch keinen Erfolg, wie wir vor einiger Zeit unsern Lesern an der Hand der russischen Antwort mitteilen konnten.

Aber auch den Ententestaaten gegenüber versuchte sie dieselbe Politik mit anderen Mitteln. Zunächst stimmte sie allen weitgehenden, schändlichen Forderungen der Entente unbesehen zu. Es hatte fast den Anschein, daß sie mit daran interessiert wäre, die Lasten des Volkes zu vermehren, statt zu vermindern. Am verwerflichsten war aber der Standpunkt, den sie in der Schuldfrage einnahm. Sie bestätigte in ihrem Verhalten bewußt die Behauptungen der feindlichen Alliierten, daß alle Schuld an dem Kriegsausbruch allein Deutschland treffe, während die anderen Ländern die unschuldsvollen Lämmer seien. Es war Lenin, der Hohe Priester aller Kommunisten, der sie deshalb als die Stiefellecker der französischen Generale bezeichnete.

Jetzt sind es zwei bedeutende englische Sozialisten, die, mit feineren Worten allerdings in der Sache ebenso scharf den Unabhängigen dieses Zeugnis ausstellen. Es sind die englischen Sozialistenführer von der unabhängigen Arbeiterpartei, die Genossen Morel und Ponsonby, die jetzt einige Zeit in Berlin waren, um an Ort und Stelle die Verhältnisse über die Schuld am Ausbruch des Krieges zu studieren. Sie hatten sich zur Information mit den Führern der deutschen Unabhängigen Ledebour und Breitscheid in Verbindung gesetzt, die ihnen ihre Auffassung entwickelten, daß am Ausbruch des Krieges nur Deutschland die Schuld trage und sonst niemand in der weiten Welt.

Dieser Auffassung sind die beiden Engländer entschieden entgegengetreten. Damit diese ihre Auffassung aber dem deutschen Volke nicht vorenthalten werde — die Antwort der russischen Kommunisten ist ja erst nach langem Bohren der Roten Fahne veröffentlicht worden — so gingen die beiden Engländer spornstreichs zum „Berl. Tageblatt" und gaben dort sozusagen ihre Ansichten zu Protokoll. Wir bringen diese Erklärung restlos zum Abdruck. Morel und Ponsonby geben dort an:

„Sie seien besonders stark beeindruckt von dem hohen Stand der Preise in Deutschland und von dem Zustande der Bedürftigkeit, der dem Volke durch die ungerechten und rachsüchtigen Bestimmungen des Versailler Vertrages auferlegt werde. Am meisten Nachdruck müßten sie aber auf Folgendes legen: Sie stoßen, sagen sie, in England auf große Schwierigkeiten bei der Verfolgung ihres Zieles, eine Revision des Friedensvertrages herbeizuführen und eine neue internationale Ordnung in Europa zu begründen infolge des Umstandes, daß gewisse politische Richtungen in Deutschland jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland als den allein Schuldigen am Kriege hinzustellen. Diese Haltung habe nicht allein in Deutschland einen passiven und unterwürfigen Geist erzeugt, der bewirkt habe, daß jede Deutschland angetane Ungerechtigkeit und Unwürdigkeit fast ohne Protest hingenommen wird, sondern sie müsse auch die Wirkung haben, daß die Anstrengungen der englischen Arbeiterschaft, Deutschland Gerechtigkeit zu verschaffen, geschwächt werden. Bei weiterer Fortdauer könnte sie sogar die englischen Arbeiter veranlassen, kein weiteres Interesse mehr an Deutschlands Wiederaufbau zu nehmen. Die Theorie von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld könne, abgesehen davon, daß dies historisch ganz unrichtig sei, nur dazu mithelfen, die imperialistischen Pläne der verbündeten Regierungen zu stärken und diese zu ermutigen, noch weiter ein Volk zu demütigen, das sich im Staube der Selbstverurteilung wohl fühlt.

Diese Theorie habe in England keine Parallele. Die Independent Labour Party habe nie erklärt, daß England allein am Kriege schuld sei, sondern habe sich durch sorgfältige Untersuchung der Tatsache bemüht, zu zeigen, in welchem Umfange die kapitalistisch-imperialistischen Regierungen sämtlicher beteiligten Mächte verantwortlich zu machen seien. Die beiden englischen Politiker erkennen an, daß eine solche Auffassung, wie sie von den erwähnten politischen Richtungen in Deutschland vertreten wird, in gewissem Maße durch die Furcht vor einer Wiederkehr der alten imperialistischen Regierungsform, die man darum beständig diskreditieren müsse, zu erklären sei. Sie heben aber hervor, daß eine so beschränkte Anschauungsweise, die nur die innere Politik in Betracht ziehe und die weiteren internationalen Interessen nicht berücksichtige, von Grund aus falsch sei und letzten Endes die Politiker, die sie vertreten, in Mißkredit bringen und schwächen müsse. Auf der internationalen Konferenz in Genua, der sie jüngst beiwohnten, sei ihnen auch von Vertretern anderer Länder versichert worden, daß das Bestehen der geschilderten Auffassung in Deutschland ihnen bei ihrer Wirksamkeit im Interesse eines demokratischen Internationalismus hinderlich sei. „Ein Sozialismus," so schlossen die beiden englischen Politiker, „der den Internationalismus außer Betracht läßt, ist kein Sozialismus, der diesen Namen verdient."

Die Hinrichtung ist grausam hart, aber gerecht. Keine Partei außer den Unabhängigen, selbst nicht die kommunistische, nimmt in bezug auf unsere Außenpolitik eine derartig engstirnige Haltung ein. In dem Bestreben, alles und jedes zusammenzutragen, was Deutschland gegenüber dem Auslande ins Unrecht setzen kann, selbst wenn es aus der trübsten Quelle stammt, in diesem Bestreben überbietet ein unabhängiges Blatt das andere, und die Spitzel Clemenceaus haben leichtes Spiel.

Wir erinnern nur an den Aufruf des, in der französischen Arbeiterbewegung gänzlich unbekannten Meunier, den die „Freiheit" jubelnd abdruckte, den Aufruf eines Mannes, der jetzt von der französischen Arbeiterpresse als Werkzeug Clemenceaus bezeichnet wird.

Aber der Beweisführung der englischen Sozialisten kann sich die unabhängige Presse doch nicht ganz entziehen und so versucht man denn die Tatsachen noch weiter umzubiegen. Es wird nicht lange dauern, dann wird die Legende der Kriegsschuld von den unabhängigen Blättern so gelöst sein, das allein die mehrheitssozialistische Partei am Ausbruch des Krieges schuld ist. Den Anfang damit macht das „Volksblatt" von gestern.

Stinnes und der Achtstundentag.

Essen, 19. Juli. In einem an den Steiger Bernhard gerichteten Schreiben hat Hugo Stinnes nach einer Mitteilung des Essener Mitarbeiters der Telegraphen-Union auf die gegen ihn in der Essener „Arbeiterzeitung" gerichteten Angriffe u. a. folgendes erwidert:

„Die Kohlensachverständigen haben im Spa ausschließlich dafür gewirkt, daß die Zwangslieferungen an den Feindbund sich in solchen Grenzen halten, daß die Bergarbeiterschaft Deutschlands nicht vor die Alternative gestellt würde, entweder in einer für ihren Ernährungszustand ungebührlichen Weise zu einer wesentlich veränderten Ueberarbeit herangezogen zu werden, oder aber bei Verweigerung einer Mehrarbeit die Verantwortung dafür zu tragen, daß Arbeitslosigkeit und Not in allen anderen Gewerben ein noch viel größeres Maß erreichen, als es zurzeit der Fall ist. Nach den Verhandlungen in der Sozialisierungskommission und im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates, in denen ich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht habe, daß ich im Gegensatz zu vielen meiner Berufsgenossen nicht auf dem Standpunkte stände, daß in absehbarer Zeit die allgemeine Beseitigung des Achtstundentages als das Allheilmittel gegen das Anhalten der jetzigen Notzustände zu betrachten sei, ist es von Ihnen unerhört, daß sie dennoch von mir das Gegenteil behaupten. Richtig ist nur, daß ich für den Bergbau, die Landwirtschaft und das Transportgewerbe die Notwendigkeit vorübergehender Ueberarbeit als unerläßlich zur Beseitigung der jetzigen Zustände betrachtet habe. Was Sie über eine in Paris zu errichtende französisch-deutsche Einkaufsgesellschaft unter sehr starker Beteiligung von mir sagen, ist entweder leichtfertige oder wissentlich falsche Darstellung. Denn es ist von vornherein bei jeder Gelegenheit — auch bei den Verhandlungen im Zechenverband — betont worden, daß auf deutscher Seite die Beteiligung nur bei den Gewerkschaften und dem Kohlensyndikat liegen könne.

Inland.

Bela Khun in Stettin.

Stettin, 20. Juli. Nach dem „Stettiner General-Anzeiger" ist Bela Khun entgegen anderen lautenden Meldungen heute nachmittag 3 Uhr mit dem Dampfer „Lisboa" von Stettin nach Rußland abgereist. Außerdem befanden sich auf dem Dampfer 830 russische Kriegsgefangene.

Leichenräuber.

Berlin, 21. Juli. Laut „Berl. Tagebl." wurde in der Fürstengruft des Landgrafen von Hessen in der evangelischen Kirche zu Rumpenheim bei Darmstadt ein Einbruch verübt. Nach dem örtlichen Befund scheint es sich wiederum um Einbrecher zu handeln, die systematisch Fürstengrüfte berauben und in Verbindung mit dem Einbruch in das Mausoleum zu Charlottenburg stehen.

Die Umbenennung der Stadt Hindenburg abgelehnt.

Abendblättern zufolge lehnte der Kreistag des Kreises Hindenburg das Ersuchen des Kreiskontrolleurs der interalliierten Kommission auf Umbenennung in Zabrze ab. Kreistag und Kreisausschuß teilten diesen Beschluß dem Generalfeldmarschall Hindenburg mit und gaben dabei der Freude darüber Ausdruck, daß der Generalfeldmarschall einer großen Lebensgefahr glücklich entgangen sei.

Ausland.

Vertrauen für Millerand.

Paris, 20. Juli. Die Kammer hat dem Ministerpräsidenten Millerand mit 224 gegen 152 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Regierungskrise in der Türkei.

London, 19. Juli. Der „Daily Expreß" meldet aus Konstantinopel, der Großwesier allein von allen Mitgliedern des Kabinetts sei bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Zwei Minister seien schon zurückgetreten. Der Minister werde sich vielleicht an die Partei der liberalen Entente wenden, um eine neue Regierung zu bilden.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

24.

Es war noch kein Jahr vergangen, da kam eines Tages die Sonne herauf, und wie sie sich in den Fenstern des Grasbodenhofes spiegelte, da gaben die Scheiben der Bäuerin-Stube ihr Bild in scharfen Umrissen wieder, denn sie waren dicht verhangen.

Im ganzen Gehöft ist alles still und ruhig, nur die beiden Pferde vor dem Wägelchen, auf dessen Kutschbock Heiner sitzt, schnauben und prusten, stampfen und scharren laut; der Knecht verweist ihnen ihr ungeduldig Wesen durch mahnende Zurufe, neigt aber selbst unbillig oft den Kopf, um zwischen Stämmen und Gäst der Bäume hindurch nach dem Hause zu lugen. Im Flur läuft das Gesinde ab und zu, wie Ameisen in dem Schlupfloche ihres Baues, oft löst sich eines von der Gruppe los und strebt eilig durch den Garten und über den Hof, dann kommt vom Ende der Wirtschaftsgebäude ein zweites herzugelaufen, beide treffen sich inmitten der Strecke und stehen einen Augenblick stille, danach nimmt jedes seinen Weg wieder auf und hastet entweder zurück oder an dem anderen vorüber; so oft so eines nah' dem Wagen zögert, sichtlich mit einer Ansprach' auf der Zunge, wendet sich Heiner ab wie jemand, der weder Lust hat zu hören noch Red' zu stehen.

Manch Scherzwort wird den Mägden von den Knechten zugeflüstert, manch Lächeln zwischen zwei Dirnen gewechselt, aber bald ziehen alle wieder ein ernsthaft Gesicht, wie sich's geziemt und schicklich ist, denn die Bäuerin hat ihre schwere Stund'.

Jetzt machte der Heiner einen langen Hals, denn er sah den Bauer durch den Garten herzurennen.

„Heiner, fahr' zu!" schrie er. „Grüß'n weiter Haldhof-Bauer und sag' ihm, 's wär' alles glücklich verlaufen, und ein' Bub'n hätten wir! Ein' Kerl wie ein Bär, sag' ich dir, g'rad' kriegt er sein erstes Bad und plärrt dabei, was er aus dem Hals bringt." Er klatschte einem der Pferde auf den Rücken. „Hott, mein Schimmel! Hott, mein Braun!"

Es war das der Eingang eines Liedes, unter dem man Kinder auf den Knien reiten läßt.

Die Zügel schlaff in den Händen, saß der Heiner, als hätte der Bauer in einer fremden Sprache zu ihm geredet, denn eben lief eine Dirne durch den Garten, die des Nachsehens wohl wert war, das schwarze, gekrauste Haar fiel ihr in natürlichen Locken bis zum Nacken, die Wangen des zarten, weißen Gesichtchens waren blühend geröthet, und die runden Arme und kleinen Füße bewegten sich so zierlich als behend'; im Vorübereilen warf sie einen freundlichen Blick nach Heiner, wandte sich aber sofort in neckisch-hochmütiger Weise ab, als wär' er ihr fremd und sollte ihr's bleiben. Es war Burgerl, nahezu einen Kopf größer und bildsauber geworden.

Der Bauer hatte begreiflicherweise seine Gedanken anderswo und keinen Merk dafür, wohin sich etwa die eines anderen verloren. Mit einem Griff packte er den vor ihm Sitzenden an dem Schenkel.

Heiner schrie lachend auf.

„Was wart'st denn? Fahr' zu!" sagte der Bauer.

Durch das Dorf sagte Heiner die Pferde, auf dem stillen Waldwege ließ er sie Schritt gehen.

Ei, wie schön war die Burgerl geworden! Als Kind hat sie etwas auf ihn gehalten, weil er sein' Sach' versteht und sonst nicht unbelehrt ist, aber jetzt? Unfreundlich tät' sie just nit sein. Nun wär' der kleine Bauer da, der kriegt einmal den Hof, und sie ist nimmer 's überreichen Bauers einzig' Kind und Erbin und er auch nit von schlechten Eltern, der zweit. Sohn, und ein Bauerngütel ließ sich immer noch beschaffen, wo man darauf leben könnt' wie die zwei Schwiegerleut', das sind doch die rarsten! Und warten, das will er, er ist ja noch jung, soll's sieben Jahr' sein, wie im Alten Testament so ein Warten beschrieben ist, pah, auf die siebenmal sieben Jahr — —

Er begann zu rechnen, aber das Resultat machte ihn etwas stutzig, denn auf die Lebensdauer und patriarchalische Mannskraft, wovon allerdings auch im Alten Testamente geschrieben stand, wagte er doch nicht zu hoffen.

Burgerl war nach dem Friedhofe gelaufen, sie stieß das Gittertor auf und eilte über den Kies einem Grabe zu, auf dessen eisernem Kreuze der Name „Josef Reindorfer" stand; auf dem Hügel darunter wuchsen Blumen, so dicht, daß sie sich kaum im Winde schüttelten.

Sie kniete nieder. „Schau, da wuchert doch Unkraut." Während sie dieses ausraufte und von den Blumenstengeln welke Blätter entfernte, plauderte sie:

„Ich komm' nur, sagen, daß wir einen kleinen Bauer auf's Hof kriegt haben! Ein schön's Büberl, sagen die Leut', ich versteh' mich nit so drauf, da muß er vorerst größer werden, bis er mir gefallen kann, aber lieb hab' ich ihn schon, weil er so sinnlich schaut, als möcht' er sich einem anbetteln, da er sich selber doch auch gar nit zu helfen weiß. Und Josef wird er heißen wie du, und brav soll er werd'n. Die Leni-Mutter ist wohl ein bissel schwach, aber brauchst nit zu sorgen, es geht ihr gut; das mußt' ich dir sagen kommen, hab' ich mir gedacht, sonst wüßt' ich nix Neues." Sie drückte beide Hände mit ausgespreiteten Fingern gegen die Erde. „Dab' ich gesund bin, weißt du ja? So b'hüt' dich Gott, Ehnl!"

Sie erhob sich. An einem Grabe, nahe der Kirchhofpforte, blieb sie stehen und murmelte ein Vaterunser, dann eilte sie heim.

Als sie wieder in die Wochenstube trat, sagte Kaspar: „Wo warst denn? Heut' mußt nit h'rumlaufen, mußt zur Hand bleiben."

„Ich bin nur schnell nach'm Friedhof," sagte sie, „'m Ehnl es berichten."

Die Bäuerin lächelte wehmütig.

„Ja so." Der Bauer nickte einverständlich, dann aber wiegte er nachdenklich den Kopf: Sonderbar, es widersinnt mir nit, daß mer ihm Posten zutragt, und er liegt dort drüben, wie aus der Welt, gleich, er dürft' weder gelebt haben, noch gestorben sein.

Unklar, aber desto mächtiger — wie alles, was nicht in Worten auszusagen ist, den Mann aus dem Volke erfaßt, — durchschauerte ihn der Gedanke an einen Zusammenhang alles Lebendigen und Toten.

Er stand hochaufgerichtet, so daß das gar kleine Weibleein, das das Kind mittlerweile „gewickelt" hatte, ihm dasselbe ordentlich hinaufreichen mußte.

Er trug es ans Bett.

„Du is er, da hab'n wir'n. Nun zählt einer mehr auf der Welt."

„Und g'weisten Wegs is er auf dieselbe gekommen," lächelte Leni. „Kein'm s' Leid, All'n s' Freud."

Daß er auch so sein Leben führen möchte, da wünschte die junge Mutter, doch dazu müßte einer schier ein Heiliger werden und einer solchen getraute sie sich wohl nicht zu ziehen, aber wenn sie einen guten Menschen aus ihm macht, aus dem kleinen Josef, den sie da zum ersten in ihren Armen hält, einen so guten etwa, wie der Josef war, den sie zum letzten in ihren Armen gehalten, dann wird sie doch mit der Welt auf gleich gekommen sein, als Mutter das Unrecht ihrer eigenen gesühnt haben und — gelt's ja — dann hat er sich wohl selber ausgeglich, der Schandfleck?!

— Ende. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200721-15/fragment/page=0002

Partei-Angelegenheiten.

Presskommission, heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, Sitzung in Wilsdorfs „Gesellschaftshaus", Karlstr. 14.

Arbeiter-Jugend. Heute abend treffen sich die Genossinnen und Genossen um 7 Uhr im „Jugendheim", Weidenplan, zum Rezitationsabend. Um pünktliches sowie zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Um 9 Uhr findet daselbst Vorstandssitzung statt. Der Vorstand.

„Freier Sängerchor". Freitag abend 6 bis 8 Uhr im Vereinslokal „Zum Schultheiß", Merseburger Str. 10, Singestunde. Nach 8 Uhr Vorstandssitzung. Wir bitten das zu beachten und vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 21. Juli 1920.

Gemeindevorsteher-Konferenz für den Saalkreis.

Eine bedeutsame Versammlung der Kreisvertreter, Amts- und Gemeinde-Vorsteher war für gestern nach Wilsdorfs Gesellschaftshaus einberufen worden, um eine Reihe aktueller Fragen zu behandeln. Der Einberufer und Vorsitzende, Landrat Thiele, begrüßte die zahlreich Erschienenen und ging in einem instruktiven Referat, nachdem er die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage gestreift, die auch in Spa nicht hoffnungsfroher geworden ist, wenn auch einige Annäherungen mit unseren Peinigern unverkennbar und zu begrüßen seien, auf das eigentliche Thema näher ein.

Der Wiederaufbau ist nur möglich durch Preisgabe von Egoismus, Pflege des Verwaltungswesens und des Gemeinsinns. Das muß auch denen gegenüber immer wieder betont werden, die Besserung durch Anwendung von Selbsthilfe und roher Gewalt erwarten und predigen. Die engeren Verwaltungsfragen behandelnd, sei eine schnellere und glattere Beantwortung dringend geboten, denn die Antragsteller erwarten stets schnellste Entscheidung.

Weiter besprach Redner die Zusammenlegung kleiner Gemeinden zu größeren Gemeinden, da, wo es die Verhältnisse möglich und notwendig erscheinen lassen. Das Landratsamt sichere solchen Anträgen Befürwortung und schnellste Erledigung zu. Eine bessere Entschädigung der heutigen umfangreicheren Verwaltungsarbeiten sei anzustreben.

Ueber Deputatsfragen gab Redner Aufschluß, ebenso über die jetzt erfolgende Zuteilung von 250 Gramm Auslandszucker auf den Kopf der Bevölkerung. Der Preis dafür betrage 7 Mark für das Pfund.

Ueber die Schleichhandelsbekämpfung gibt eine demnächst den Gemeindevorstehern zugehende Broschüre Aufschluß.

Die Milchablieferung lasse viel, in manchen Gemeinden alles zu wünschen übrig. Im Interesse der Volksgesundheit sei Besserung dringend erwünscht.

Dem Landhunger der besitzlosen Bevölkerung soll durch Abgabe von Pachtacker entgegengekommen werden, wodurch den sich steigernden Felddiebstählen hoffentlich Einhalt geboten würde. Sind doch kürzlich unter den dieserhalb Verhafteten sogar zwei Stadtverordnete einer kleinen Stadt unseres Bezirks gewesen.

Die Steuerleistung lege der Gemeindeverwaltung gleichfalls äußerste Pflichterfüllung auf. Zum Schluß besprach Redner die Selbstbewirtschaftung und -verwertung des Gemeindeobstes, wobei freilich auch Mängel nicht ganz zu vermeiden waren, die jedoch bedeutungslos sind gegenüber den aus der Selbstbewirtschaftung sich ergebenden Vorteilen.

In der Besprechung des Vortrages äußerte sich Dr. Bertholb zustimmend über die Ausführungen, sich zusammenzutun, um durch gemeinsame Arbeit wieder hoch zu kommen. Er wünschte den Darlegungen weitgehenste Beachtung und ging des näheren auf Erziehungsfragen wie Gemeindehaushaltsschulen und dergleichen ein.

Amtsvorsteher Driebusch hält eine schnellere und zufriedenstellendere Erledigung der den Gemeindebehörden obliegenden Pflichten wegen vielfachen Fehlens von Hilfskräften für undurchführbar. Auf die weiteren Ausführungen dieses Diskussionsredners über Beschaffung und Bezahlung von Reichswaren sowie über die Aufgaben der Feststellungskommissionen gibt Landrat Thiele Aufschluß.

Es beteiligen sich eine große Zahl Vertreter an der weiteren Besprechung, wobei je nach der Parteizugehörigkeit der Redner die mannigfaltigsten Ausführungen gemacht und teilweise herbe Kritik geübt wird. Ein Vertreter empfiehlt statt der Mitwirkung und Pflichterfüllung an der wirtschaftlichen Aufrichtung die von linksradikaler Seite gepriesene Passivität zur schnelleren Herbeiführung des Zusammenbruches.

Der zweite Punkt betraf die jetzt so wichtigen und komplizierten Steuerfragen, worüber Herr Direktor Sander referierte. Er gab eine Fülle von Aufklärung und Richtigstellung auf die eingegangenen Beantwortungen, jedoch waren die Zuhörer am Schluß der Ausführungen nicht klüger wie beim Beginn derselben, wofür die Ursache in der schwierigen Technik des Steuersystems und in der allgemeinen Abneigung gegen jegliche Steuerart zu liegen schien. Eine verständlich gehaltene gedruckte Aufklärung wäre angebrachter gewesen, denn auch die Diskussion ergab weiter nichts als die recht betrübende Aussicht auf ein riesiges Steuersoll der Gemeinden.

Demgegenüber vermochte der Vorsitzende des Mietseinigungsamtes, Herr Dr. Hauswald, als Redner über das nächste Thema, Mietssteuern, den Gemeinden und anderen Hausbesitzern wegen der bekannten Beschränkung willkürlicher Steigerung wenig hoffnungsfrohes zu berichten. Der Redner besprach die einzelnen im Rahmen seines Vortrages liegenden Fragen sehr ausführlich. Die Aussprache ergab noch mancherlei Vorschläge für Beseitigung althergebrachter Unrechte bei der Steuerleistung.

Ueber ein weiteres Thema, die Kohlenfrage, berichtete Herr Kurczajeck von einigen erfreulichen Lichtblicken.

Hierauf sprach Herr Regierungsrat Wennig über Siedelungsfragen. Leider gestattet uns der Raummangel die Wiedergabe der ausgezeichneten Ausführungen nicht. Wir können bei der Bedeutung dieses Gegenstandes und zur Förderung einer gedeihlichen Entwickelung des Siedelungswesens nur auf die einschlägige Literatur verweisen, die durch die Buchhandlung unserer „Volksstimme" zu erlangen ist.

Herr Dr. Hauswald gibt noch Aufschluß über Wohnungswesen und Richtlinien des Mietseinigungsamtes. Raisam in Streitfällen sei stets eine Verständigung oder Entscheidung der örtlichen Instanzen.

Kreisarzt Dr. Bohn sprach hierauf über die Aufgaben des Kreiswohlfahrtsamtes. Auch dieser Redner stellte die Frage des Gemeinsinns an die Spitze seiner Ausführungen, um aus den Folgen der Kriegszeit herauszukommen. Die Volksgesundheit erfordere Ueberwachung und Absonderung aller die Mitmenschen schädigenden Krankheitsarten und Einflüsse. Im Schulzwang hat der Staat die Möglichkeit zur Erziehung gesunder Nachkommen, der nunmehr im neuen Staatswesen auch auf das weibliche Geschlecht Beachtung finden muß und wird, denn gesunde Geschlechter erfordern auch gesunde Mütter. Im vergangenen Staatswesen wurde einer Gesundung der weiblichen Jugend diese erforderliche Beachtung nicht geschenkt und beim männlichen Geschlecht waren auch nur militärische Gründe die Triebkräfte der Gesundheitspflege. Im Zusammenhang mit der Gesundheitsprobleme besprach Redner auch die der Ernährung, der Volkswohlfahrt und Heimstättenpflege. Hierfür wird sich auch die Hebung des Verkehrswesens wohltuend auswirken. Die Kontrolle und schulärztliche Untersuchung und Ueberweisung kranker Kinder an besondere Spezialanstalten wird mehr wie bisher gepflegt werden und im Landratsamt werden dafür besondere ärztliche Sprechstunden eingelegt werden. Die Kinderbeschäftigung soll nach Möglichkeit vermieden und nur nach der Art körperlicher Beschaffenheit zugelassen, in diesen Fällen sogar ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse zur Pflicht gemacht werden. Das Ergebnis aus dieser Arbeitsleistung soll den Armen und Schwachen zukommen. (Wir hoffen mit dem Redner auf baldige Erfüllung dieser sozialen Probleme. D. Red.)

Herr Breitschneider berichtete namens des Landratsamtes über den geplanten Ausbau des Kreiswohlfahrtsamtes.

Nach einigen Ausführungen weiterer Redner erreichte die gut verlaufene und mit einer so großen Fülle guter Vorschläge ausgefüllte Versammlung ihr Ende.

In der Konferenz waren sämtliche 145 Gemeinden des Saalkreises vertreten.

Die nächste Post nach Amerika. 1. Holländ. Dampfer „Rijndam" ab Rotterdam nach New York am 31. Juli, Postschluß Postamt 2 Emmerich 29. Juli vorm., Postamt 1 Hamburg 27. Juli abends. 2. Ital. Dampfer „Indiana" und „Principe di Udine" ab Genua nach Rio de Janeiro usw. am 28. und 31. Juli. Postschluß Frankfurt a. Main Postamt 9 am 25. resp. 28. Juli.

Die städtische Rechtsauskunftsstelle, Schmeerstraße 1, bleibt für die Zeit vom 26. Juli bis 14. August 1920 geschlossen.

Balkonwettbewerb. Vom Verkehrsverein Halle wird uns geschrieben: Die Ankündigung, daß der Verkehrsverein in diesem Jahre wieder einen Balkon- und Vorgarten-Wettbewerb veranstaltet, ist in der Bevölkerung freudig begrüßt worden, es liegen bereits zahlreiche Anmeldungen hierzu vor. Aber es gibt noch manch schönen Balkon oder Vorgarten, der bisher nicht zum Wettbewerb angemeldet ist. Schluß der Anmeldung ist der 25. Juli, die Anmeldung ist an die Geschäftsstelle des Verkehrsvereins, Brüderstraße 4, zu richten.

Die Erklärungen für die Luxus-, Beherbergungs- und Aufbewahrungs-Steuer sowie für die Vermietung von Reittieren zu entrichtende erhöhte Steuer sind bis spätestens 31. Juli 1920 abzugeben. Bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Steuererklärung kann auf Grund des § 170, Abs. 2 der Reichsabgabenordnung ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer erhoben werden. Sollte rechtzeitige Abgabe der Erklärungen nicht möglich sein, so ist begründeter Antrag auf Fristverlängerung vor Ablauf des Monat Juli 1920 zu stellen.

Der Bund deutscher Militäranwärter und der Reichswirtschaftsverband der Berufssoldaten veranstalten am Sonntag, den 25. Juli, 10.30 Uhr vorm. in den Thaliasälen, Geiststraße, eine Protestversammlung gegen die Zurücksetzung der aus dem Militäranwärterstande hervorgegangenen Beamten in der Personalreform und der damit zusammenhängenden Besoldungsordnung. Sämtliche Militäranwärter von Halle und Umgegend werden zu dieser Versammlung erwartet.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Am Montag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, findet im Volkspark eine Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung statt. Verbandslegitimation ist vorzuzeigen.

Bereiteter Einbruch. Beim Revidieren eines großen Geschäftes in der großen Steinstraße während der verflossenen Nacht fand ein Kontrolleur der Wach- und Schließgesellschaft das Schloß der Tür zum Warenlager angebohrt. Er benachrichtigte sofort die Polizei, worauf das Haus umstellt wurde. Die Diebe hatten jedoch bereits Reißaus genommen. Erbeutet haben sie nichts.

Selbstmord. Gestern vormittag landete an der Cröllwitzer Brücke ein führerloses Ruderboot, in welchem sich einige Kleidungsstücke befanden. Soweit aus einem vorgefundenen Briefe zu entnehmen ist, hat der Führer des Bootes sich durch Ertränken in der Saale das Leben genommen. Die Kleidungsstücke und eine Brieftasche befinden sich bei der Kriminalpolizei.

Ein Personenkraftwagen, der gestern Vormittag hinter der Hindenburgbrücke einem älteren Manne ausweichen wollte, fuhr hierbei gegen die Bordkante des Bürgersteiges und überschlug sich. Die Insassen, von denen zwei der Klinik zugeführt wurden, trugen nur leichtere Verletzungen davon.

Diebstahl. Eine Person, die in einem Geschäft einen Ballen Einschlagepapier, das aus einem Diebstahl herrührte, zum Kauf angeboten hatte, warf auf dem Marktplatze das Papier von sich und ergriff die Flucht. Die Ware im Werte von 350 Mark ist sichergestellt.

Ein Klempner, der aus einem Hausflur in der Martinstraße ein Fahrrad gestohlen hatte, wurde ergriffen und festgenommen. – Am 16. Juli 1920, nachmittags von 4 bis 6 Uhr wurde aus einem Garten der Sedlitzstraße zum Trocknen aufgehängte Wäsche von erheblichem Wert gestohlen. Da die Täter zu der genannten Zeit von Vorübergehenden oder Anwohnern gesehen sein dürften, werden die, die Angaben machen können, gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 68 oder 71, zu melden. Belohnung für die Wiederherbeischaffung der Wäsche wird gewährt.

Kindesleiche. Am Mühlgraben hinter der Steinmühle wurde eine Leibesfrucht, in einem Papptarton verpackt, angeschwemmt. Wer Angaben über die Kindesmutter machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 41, zu melden.

Zoologischer Garten. Am Donnerstag, den 22. Juli, wird für die Besucher des Zoologischen Gartens ein Sommerfest veranstaltet. Der Konzertpalast ist festlich geschmückt und wird bei eintretender Dunkelheit festlich beleuchtet. Nachmittags von 4 bis 6 Uhr konzertiert das Philharmonische Orchester. Abends findet von 7½ Uhr ab ein großes Abendkonzert mit besonders gewählter Vortragsfolge statt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Steuer und vom I. Hall. Bandonion-Orchester „Ideal" unter Leitung von Max Mühle. Bei gutem Wetter wird um 10 Uhr abends ein Pracht-Feuerwerk von der pyrotechnischen Kunstanstalt Gebr. Pfeiffer und Bock abgebrannt werden. (Siehe Anzeige.)

Kleines Feuilleton.

VI. Kammermusikabend des Halleschen Streichquartetts.

Zum Schluß ihrer ersten Vortragsreihe bescherten uns unsere bestens bewährten Quartettkünstler je ein Streichquartett von Max Reger, Opus 109, und Hans Pfitzner, Opus 13. In Regers Werk finden sich tiefempfundene lyrische Themen, die leider vielfach keine Entwicklung, keine Durchführung finden. Am folgerichtigsten aufgebaut erscheinen der zweite Satz und der fugenartige erste Teil des vierten Satzes. Das Ganze ist voller Kraft und Kühnheit, Eigenwilligkeit und Trotz. Pfitzners Quartett wirkt am reinsten in den weichen lyrischen Partien des ersten, den humorvollen des zweiten und den heiter-gelassenen des dritten Satzes. Wo er in die Tiefe zu gehen sucht, wird er schwülstig. Die Künstler faßten das komplizierte Regersche Werk mit viel Energie an und suchten seiner Besonderheit mit geschickter Einfühlung gerecht zu werden. Auch das Pfitznersche Werk erfuhr eine freie nuancierte Wiedergabe. Die lebhaft begrüßten und mit Beifall und Blumen bedachten Künstler werden weiter auf ihrem Wege zur Höhe fortschreiten und uns im nächsten Herbst und Winter mit weiteren Gaben erfreuen

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, wird das Lustspiel „Im weißen Röß'l" gegeben. Donnerstag „Hobelt tanzt Walzer". Die Donnerstag-Stammkarten gelten für die Freitag-Vorstellung „Carmen". Sonnabend wird das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide" wiederholt. Sonntag, nachmittags 4½ Uhr, Fremdenvorstellung „Die Meistersinger von Nürnberg".

Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind. Die letzte Aufführung von Goethes „Stella" findet am Freitag, den 23. Juli, abends 7½ Uhr, in den Städtischen Kammerspielen in Bad Wittekind statt. Karten im Vorverkauf sind nur an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

Mitteilung an die Stammkarten-Inhaber des Stadttheaters. Der Intendanz wurde heute ein Magistratsbeschluß übermittelt, auf Grund dessen den Stammkarten-Inhabern die ursprünglich vom Magistrat angeforderten Nachzahlungen abzüglich der erhöhten Kartensteuer zurückzuerstatten sind. Eine besondere Beantwortung der Einzelanfragen aus Stammkarten-Inhaber-Kreisen erfolgt nicht mehr. Die zurückzuzahlenden Beträge können ab Dienstag, den 27. Juli, an der Tageskasse des Stadttheaters in Empfang genommen werden.

Provinz und Umgegend.

Unterbezirk IV Torgau-Liebenwerda.

Am Sonntag, den 25. Juli, vormittags punkt 11 Uhr, findet im „Preußischen Hof in Falkenberg eine

Unterbezirkskonferenz

statt.

Tagesordnung.

1. Die Reichstagswahl und die politische Lage.
2. Die zukünftige Gestaltung unserer Organisation im Unterbezirk.
3. Ausbau der „Volksstimme".

Die einzelnen Ortsvereine müssen sämtlich auf der Konferenz vertreten sein.

Der Vorstand.
J. A.: Dietrich.

Bergarbeiterforderungen in Mitteldeutschland.

Am Sonntag, den 18. d. M., fand in Nordhausen die Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes für den Bezirk Thüringen-Harz-Cassel statt. Aus den 61 Zahlstellen waren ca. 100 Delegierte erschienen. Mit einem stimmungsvollen Lied, vorgetragen vom Nordhäuser Arbeitersängerchor, wurde dieselbe eröffnet. Aus der reichhaltigen Tagesordnung heben wir hervor die Behandlung der „allgemeinen Wirtschaftslage", das „Siedelungswesen im Bergbau", die „Betriebsräte" und den „Kassenbericht". Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nach einleitendem Referat entspann sich über die Betriebsräte eine lebhafte Debatte. Auf Antrag wird beschlossen, die weitere und baldige Erledigung dieser Frage der Bezirksleitung zu überweisen. Die Behandlung des Siedelungswesens in der Kaliindustrie seitens der Regierung und der Kaliwerksbesitzer rief stürmische Szenen hervor. Trotz des Verlangens der Kalibarbeiter tue die Regierung rein gar nichts. Ja, es scheint, als ob sie diese Angelegenheit direkt sabotiere, und ständen die Dinge so, daß keine Industrie zur Behebung der Wohnungsnot so viel beitragen könnte, wie die Kaliindustrie. Die Konferenz folgerte, daß die Regierung gewissen Leuten, die im Gelde schwimmen, ja nicht wehe tun möchte. Ja, man hat trotz der Anregungen im Reichstag nicht einmal Fühlung mit Arbeitervertretern über diese Frage genommen. Das sei jedenfalls bezeichnend genug. An dem beifällig aufgenommenen Referat über die „allgemeine Wirtschaftslage" schloß sich eine rege Aussprache. Folgende zur Abstimmung gestellte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 18. Juli d. J. in Nordhausen tagende Bezirkskonferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes des Bezirks Thüringen-Harz-Cassel steht geschlossen hinter den Ausführungen des Kameraden Hué in Spa. Sie versichert den Völkern ihre rege Mitarbeit am Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gebiete. Mit der internationalen Bergarbeiterschaft wird sie wie vordem den internationalen Imperialismus bekämpfen. Der Besetzung des Ruhrreviers oder anderer wichtiger Bergbaubezirke mit Ententetruppen stehen wir gelassen gegenüber; der Versklavung deutscher Arbeiter werden wir uns zu widersetzen wissen. Von dem in Genf vom 2. bis 9. August stattfindenden internationalen Bergarbeiterkongreß erwarten die Versammelten besonders die internationale Regelung der Arbeitszeit im Bergbau. Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung. Die Reichsregierung ersuchen wir, dem Reichstag so schnell wie möglich den Entwurf zu einem Reichsberg- und Knappschaftskassengesetz vorzulegen. Den Knappschaftsinvaliden sowie den Hinterbliebenen der Opfer des Bergbaues ist sofort Hilfe in ihrer bedrängten Lage zuzusichern. Wo das Siedelungswesen, wie in der Kaliindustrie, bisher noch nicht in Angriff genommen ist, fordern wir sofortige Maßregeln von der Regierung zur Behebung der Wohnungsnot. Eine Verminderung der Arbeitskräfte im Bergbau ist zurzeit in keiner Branche desselben zu rechtfertigen. Der Bergbau hat sich keineswegs von den Kriegseinwirkungen erholt. Fehlende und veraltete technische Einrichtungen, mangelnde Vorrichtungsarbeiten und Neuanlagen von Kohlen- und Erzbergwerken bedingen im Gegenteil die Neuaufstellung von Arbeitern. Die Forderung auf Ueberführung der unterirdischen Bodenschätze aus den Händen des Privatkapitals in den Besitz der Gesellschaft ist dringender denn je zuvor zu erheben. Die Konferenz erkennt an, daß die Bezirksleitung in allen beruflichen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten die Interessen der Mitglieder des Vorstandes gewahrt hat und spricht ihr das Vertrauen aus." Nach Erledigung einer Anzahl Anträge aus den Zahlstellen wurde die Konferenz mit einem dreifachen Glückauf auf den Verband und die Arbeiterbewegung geschlossen.

Die Tarifverhandlungen in der Landwirtschaft.

Die Verhandlungen des Landwirtschaftlichen Tarifamtes Sachsen-Anhalt über die Anträge des Deutschen Landarbeiter-Verbandes auf Erhöhung der Teuerungszulagen sind am Dienstag, den 20. d. M. nicht zum Abschluß gekommen. Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

Teuerungszulage für die Landarbeiter abgelehnt.

Bei den am 20. Juli stattgefundenen Verhandlungen vor dem Tarifamt wurde seitens der Arbeitgeber jedwedes Eingehen auf die von den Arbeitnehmervertretern beantragte Teuerungszulage abgelehnt.

Der Vertreter der Landwirte, Graf v. Haagen, begründete die Ablehnung mit der ungünstigen Lage der Landwirtschaft. Viel Gläubige dürfte der Herr Graf für seine Darstellung über die angeblichen ungünstigen Verhältnisse der Landwirtschaft kaum finden.

Freitag, den 23. Juli, findet deshalb eine erneute Sitzung der Arbeitsgemeinschaft im Beisein eines Regierungsvertreters statt, wobei entschieden wird, ob ein Streik der Landarbeiterschaft unserer Provinz vermieden oder durch schroffen ablehnenden Standpunkt der Landwirte hervorgerufen wird.

Herabsetzung des Preises für Frühkartoffeln. Die Provinzialkartoffelstelle gibt bekannt, daß der Erzeugerhöchstpreis für den Zentner Frühkartoffeln, der laut Bekanntmachung vom 25. Juni 1920 vom 12. Juli ab bis auf weiteres auf 32 Mark festgesetzt worden war, vom 25. Juli ab 30. Mark beträgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200721-15/fragment/page=0003

Merseburg. Zwei Opfer der Saale sind in den letzten Tagen zu verzeichnen. Von der auf der Wanderfahrt nach hier begriffenen Abteilung Leipzig des Kaufmännischen Jugendbundes ertrank beim Baden in der Saale am Sonnabend der 18jährige Handlungsgehilfe Rudolf Söhnel aus Zittau, dessen Leiche nicht geborgen werden konnte. — Am Sonntag ertrank beim Baden in der alten Saale hier der 6jährige Sohn der Familie Plaul hier.

Schlettau. Eine männliche Leiche wurde bei Schlettau am Dienstag mittag angeschwemmt. Bekleidet war sie nur mit einer Badehose. Mutmaßlich ist es ein Kaufmannslehrling, der am Sonntag in Benkendorf beim Baden ertrunken ist. Die Behörden wurden benachrichtigt.

Barnstädt. Ortsrichterwahl. Bei der hier stattgefundenen Ortsrichterwahl entfielen auf den Landwirt Theodor Lautenschläger 5, auf den früheren Ortsrichter Constantin Trömel 1 und auf unseren Genossen Weber 3 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Magdeburg. Ein ganzes Warenlager zusammengestohlen. Aus Eisenbahnpostwagen hat sich eine Rangierkolonne des hiesigen Hauptbahnhofes, wobei der vorgesetzte Kolonnenführer gleichzeitig der Anstifter und Hauptbeteiligte der letztgesetzten Räubereien war, ein großes Warenlager zusammengestohlen. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte Kleiderstoffe, Lebensmittelsendungen, Seife und andere Sachen im Werte von vielen tausend Mark. Verdächtiger Zigarettenhandel eines der Schuldigen führte zur Entdeckung. Bis jetzt wurden acht Mann verhaftet, in deren Wohnungen bei Haussuchungen Teile des Diebesgutes gefunden wurden.

Aus aller Welt.

Hölz in Böhmen zu vier Monaten Kerker verurteilt.

Prag, 20. Juli. Der sächsische Kommunistenführer Hölz, der nach Böhmen geflüchtet war, hatte sich Montag vor dem Kriegsgericht zu Gitschin zu verantworten. Er wurde zu vier Monaten Kerker verurteilt, weil er bei seiner Verhaftung Handgranaten bei sich geführt hatte, doch wurde ihm die bedingungsweise Verurteilung zugebilligt. Ueber sein endgültiges Schicksal wird das tschechische Ministerium der Justiz entscheiden. Hölz wird entweder nach Sachsen ausgeliefert oder unter Polizeiaufsicht gestellt.

Der Selbstmord des Verteidigers von Hölz.

Der Verteidiger von Hölz hat vor einiger Zeit Selbstmord begangen. Ueber die Umstände, die dazu führten, erfährt die „Neue Berliner Mittagszeitung" aus Wien: Ueberraschend kam die Meldung des „Pravo Lidu", Dr. Abel, der Verteidiger Hölz', habe sich bei der Uebernahme der Verteidigung nicht von Partei-, sondern von Geldinteressen leiten lassen und von Hölz nicht weniger als 37 000 Kronen dafür gefordert, daß er die Auslieferung des Hölz nach Deutschland verhindert habe. Als diese Meldungen erschienen, forderte Dr. Abel sofort ein Dementi und erbot sich, einem Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei Gegenbeweise zu stellen. Mit diesen scheint es aber schwach bestellt gewesen zu sein, denn Hölz selbst hat den Dr. Abel aus seiner Zelle gewiesen und um einen anderen Verteidiger gebeten. Dr. Abel verließ die Strafanstalt in größter Aufregung und erhängte sich in seiner Wohnung.

Parteinachrichten.

Der Werbeausschuß sozialdemokratischer Beamter für den Regierungsbezirk Merseburg beruft für heute, Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 Uhr eine Mitgliederversammlung nach „Wilsdorfs Gesellschaftshaus", Karlstraße 14, ein. Wegen der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen ersucht. **Der Einberufer.**

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 20. Juli. Amtlich wird bekanntgegeben, daß in Mesopotamien infolge von Attentaten Eingeborener vier Eisenbahnlokomotiven und 170 Güterwagen verloren gegangen sind. Die Verluste der englischen und indischen Truppen an Toten, Verwundeten und Vermißten belaufen sich auf etwa 400 Mann. Die abgeschnittene Garnison von Rumeita halte sich noch und sei durch Flugzeuge mit Lebensmitteln versehen worden.

Widersprechende Nachrichten aus Syrien.

Amsterdam, 20. Juli. Nach einer Times-Meldung aus Kairo sind die Araber entschlossen, sich den Forderungen der Franzosen zu widersetzen. In Damaskus herrsche große Begeisterung. Die Zahl der syrischen Regierungstruppen werde auf 22—40 000 Mann geschätzt. Das Heer besitzt einen Stab tüchtiger, in Europa ausgebildeter Offiziere, die im Weltkrieg Erfahrungen gesammelt hätten. Der Nachrichtendienst des Heeres sei gut, dagegen besitze es keine Flugzeuge. An Feldlazaretten und Ambulanzen herrsche Mangel.

Amsterdam, 20. Juli. „Daily Mail" meldet aus Kairo: Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Emir Fessal sich in Erwiderung des französischen Ultimatums bereit erklärt habe, das Mandat Frankreichs über Syrien anzuerkennen, wenn die Bedingungen desselben vom Völkerbund festgesetzt würden. General Gouraud habe indessen diese Antwort für ungenügend erklärt und die bedingungslose Annahme des Ultimatums gefordert.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. b. m. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Lebensmittel-Kalender.

In der laufenden Woche werden in den nachstehenden Verkaufsstellen:

1. Glauchaer Straße 79 (Joh. Thurm),
2. Glauchaer Straße 75 (H. Böhlert),
3. Langestraße 21 (H. Quandt),
4. Steinweg 52 (M. Zzanbitzer),
5. Pfännerhöhe 46 (H. Müller),
6. Böllberger Weg 30 (K. Heinrich),
7. Torstraße 43 (A. Holland),
8. Gr. Steinstraße 67 (A. Puppe),
9. Kleiner Sandberg 14 (P. Strömer),
10. Reilstraße 10 (A. Thurm),
11. Reilstraße 23 (O. Artholm),
12. Delitzscher Straße 76 (A. Möbius),

am Freitag, für jede Person eines Haushaltes 250 Gramm Pferdefleisch verabfolgt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—30 000, solange der Vorrat reicht.

Die bereits zum Pferdefleischbezug angemeldeten Personen entnehmen das Fleisch bei dem Pferdefleischhändler, bei dem sie zur Kundenliste angemeldet sind. Die übrigen Haushalte wählen einen Pferdefleischhändler in der Nähe ihrer Wohnung. Die Pferdefleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekannt zu geben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden.

Bei dem Einkauf ist der Warenbezugsschein Nr. 31 vorzulegen.

Die Marke 540 ist für jedes verkaufte ½ Pfund Fleisch abzutrennen.

Die abgetrennten Marken sind bis spätestens zum 26. Juli an das Stadternährungsamt abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren, von Brätfett (kein Pflanzenfett), Fleisch- und Wurstkonserven und weißen Bohnen mit Fett in der Talamtschule am Donnerstag, den 22. Juli 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 57 001 bis 61 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 65 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an, 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mark abgegeben werden. — Ferner können gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Bratfett zum Preise von 7,50 Mk. für das halbe Pfund, ½ Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3 Mk. und eine Dose weiße Bohnen mit Fett zum Preise von 1 Mk. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 21. Juli 1920. **Der Magistrat.**

Freibank-Verkauf.

Zum Freibankverkauf am 22. Juli 1920 werden die Inhaber der folgenden Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr 2451—2550.

Zum Verkauf gelangen Wurstkonserven.

Halle, den 20. Juli 1920. **Der Magistrat.**

Weißenfels

Quarkverkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 1. Quarkmarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 1 Mark abgegeben.

Petzold, Markenstraße	25025—26150
Kampe, Tagew.	26151—27400

Die Abholung hat bis zum 22. 7. erfolgen.

Speiseölverkauf.

Von Donnerstag ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 11. Buttermarke Verkauf von Speiseöl statt:

	Nr.
Kuhne, Nikolaistraße	1— 2300
Konsum-Verein, Saalstraße	„ 2301— 4600
„ „ Leipzigerstraße	„ 4601— 6900
Dreyhaupt, Markt	„ 6901— 9200
Kurze, Gr. Burgstraße	„ 9201—11500
Hahn, Gr. Burgstraße	„ 11501—13800
Schlegel, Schützenstraße	„ 13801—16100
Grosche, Georgenbergstraße	„ 16101—18400
Hollstein, Leipzigerstraße	„ 18401—20700
Kickmantel, Jüdenstraße	„ 20701—23000
Konsum-Verein, Kl. Deichstraße	„ 23001—25300
Hablick, Markt	„ 25301—27600
Wiegand, Saalstraße	„ 27901—29900
Hoske Nachf., Tagewerdenerstraße	„ 29901—32200
Braune, Feldstraße	„ 32201—34500
Konsum-Verein, Schillerstraße	„ 34501—Schluß.

Auf jede Marke werden 100 Gramm zum Preise von Mk. 2.30 abgegeben.

Die Abholung hat bis zum 29. Juli 1920 zu erfolgen.

Markenablieferung und Bestandsanmeldung am Freitag, den 30. Juli im Fettbüro. Marienstraße 1a.

Weißenfels, den 17. Juli 1920.

Der Magistrat.

Bitterfeld

Sonderzuteilung von Einmachezucker.

Die Ausgabe der Karten erfolgt am

Donnerstag, den 22. d. Mts.	von 8—12 Uhr	die Bez.	1—3
„ „ 22. „	von 2—5 „	„ „	4—5
Freitag „ 23. „	von 8—12 „	„ „	6—8
„ 23. „	von 2—5 „	„ „	9—10

im Döring'schen Konzerthause — Kaiserstraße 67 — gegen Vorlegung der Brotscheine.

Bitterfeld, den 20. Juli 1920.

Der Magistrat. Richter.

Delitzsch

Käse-Verkauf.

Donnerstag, den 22. d. Mts. je 1 Handkäse für 80 Pfg. auf Abschnitt Nr. 122 der Lebensmittelscheine Nr. 3326—3800 von nachmittag 1—6 Uhr in der städtischen Verkaufsstelle.

Delitzsch, den 20. Juli 1920.

Der Magistrat.

Herren- u. Speisezimmer — Altrenommierte Möbel-Fabrik — C. Hauptmann — Kl. Ulrichstr. 36 u. 8. — ca. 200 Musterzimmer — Schlafzimmer Küchen in jeder Preislage

Für sämtliche **Rohprodukte** zahle die höchsten Tagespreise. Auf Wunsch freie Abholung. **Wilhelmine Theuring,** Domplatz 9. Telephon 5659.

Garten-Schläuche Spritzenmundstücke — Konserven-Ringe — Ferdinand Dehne Nachf., Gr. Steinstr. 15

Holzpantoffeln nicht mit gestücheltem Lederblatt, nicht aus Tuchblatt, nur aus gutem, ganzen Lederblatt liefert billigst **Otto Fricke,** Kl. Ulrichstr. 9, im Hof. Wiederverkäufer Vorzugspreise. 1240

Kaufe sämtliche Rohprodukte wie Eisen, Metalle, Lumpen, :: Papier und Knochen :: zu höchsten Tagespreisen. **Albert Bode jr.,** Gr. Klausstr. 22.

Kochherde, Kochofen, Gruden zu verkaufen. **Günther,** Robert Franzstraße 2.

Verhütung der Schwangerschaft und Verhütung von Frauenleiden, von Dr. Jadek (1,45) Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Rolladen Jalousien Markisen usw. liefert u. repariert Fach-Firma: **Hönemann** Büro jetzt: Sternstr. 8, Ecke Kleine Brauhausstr., Fernspr. nur noch 5849.

Nervenkranke sollen vor Konsultation des Arztes lesen Dr. Hirschfelds „Gesundheitspflege des Nervensystems" (1,45 Mark). Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Mass-Schäfte in bester Ausführung, auch von selbst gelieferten Stoff, Leder, Leinen fertigt sofort an Schäftefabrik **F. Noah,** Leipzigerstraße 16, Eingang Gr. Sandberg.

Gute Auskunft über die „erdolchte Front" erhält man in der Schrift von Heinig „Die große Ausrede" oder Kuttner, „Die erdolchte Front" (je 2,40 Mk). Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Wo kaufen Sie Ihre Uhren, Gold- u. Silberwaren gut und preiswert? Bei **Gottfried Schraut,** Uhrmacher, Schmeerstraße 4. Reparaturwerkstatt unter eigener Mitarbeit. Neu eröffnet.

Soeben erschienen! Der bisher vergriffene Band I **„Das Kapital"** Kritik der politischen Oekonomie von Karl Marx. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, Volksausgabe, herausgegeben von Karl Kautsky. Zum Preise von Mk. 43.20 ist jetzt wieder schön gebunden bei uns erhältlich ebenso eine gekürzte gemeinverständliche Ausgabe von Julian Borchardt „Das Kapital" von Karl Marx brosch. Mk. 11.40. Verlag der Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Pianos, neu und gebr. auch auf Teilzahlung. Stimmungen schnellstens. H. Lüders, Mittelstr. 9-10.

Kluge Eltern unterrichten sich in Lohmanns Schrift „Die Arbeit im Elternbeirat". (1,80 Mk.). Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Reparaturen an Uhren übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt. Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstraße).

Kurpfuscher sollte man bei Geschlechtskrankheiten nicht aufsuchen. Man lese: Dr. Geberts „Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten" (1,45 Mk.). Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Eine für jeden Arbeiter u. Angestellten erschütternde Ausgabe sind die preiswerten und guten Bände der **„Bibliothek aller Völker"** von nur guten Schriftstellern:
Bd. 1. Theodor Storm, Immensee,
Bd. 2. Leo Tolstoi, Die Kreutzersonate,
Bd. 3. Honoré de Balzac, Die Geheimnisse der Prinzessin Cadiana,
Bd. 4. Adalbert Stifter, Der Hochwald,
Bd. 5. Björnstierne Björnson, Absaloms Haar,
Bd. 6. Theodor Storm, Der Schimmelreiter.
Jeder Band nur Mk 1.80. **Verlag der Volksstimme,** Gr. Ulrichstr. 27.

Apollo-Theater. Tägl. 8 Uhr: **Gräfin Paprika.** Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Stadt-Theater Donnerstag, d. 22. Juli, Anf. 7½, Ed. 10½ Uhr: **Robert tanzt Walzer.** Freitag: **Carmen.**

Zoo. Donnerstag, d. 22. Juli, **Sommerfest** nachmittags 4 bis 6 Uhr: **Nachm.-Konzert** v. Philharm. Orchester. Festlich geschmückt. Garten Illumination. Abends 7½ Uhr: **Abend-Konzert** vom Philharm. Orchester. Leitung: Obermusikmeister **Karl Steuer** und von L. Hallescher Bandoneon-Orchester „Ideal". Leitung: Max Mühle. (Im Saale Tanzkränzchen) Bei gutem Wetter abends 10 Uhr: **Pracht-Feuerwerk** ausgeführt von der pyrotechn. Kunstanstalt Gebr. Pfeiffer & Bock. Eintrittspreise: Erwachs. 2, Kind. 1,50 Mk. Dauerkart. hab. Gültigkeit.

Stellen finden

II. Bezirkssekretär für den Bezirksverband **Halle** (Saale) zum mögl. bald. Eintritt gesucht. Bewerber mit redaktorischer und organisatorischer Praxis wollen Meldung mit Angaben der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche bis 31. Juli an die Adresse des unterzeichneten Bezirksvorsitzenden der Sozialdemokr. Partei einsenden. **Reinh. Better,** Halle a. S., Klausberg str. 6a.

Leistungsfähige Zigarrenfabrik sucht Vertreter in Stadt und Land bei hoher Provision. **Jean Jigen,** Frankfurt am Main, Untermainkai 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200721-15/fragment/page=0004